

Ressort: Politik

Mit Vernunft die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen

Die Linke

Berlin, 28.09.2022, 08:02 Uhr

GDN - Die vier LINKEN-Minister*innen Kristina Vogt (Bremen), Simone Oldenburg (Mecklenburg-Vorpommern), Klaus Lederer (Berlin) und Bodo Ramelow (Thüringen) haben ein gemeinsames Positionspapier unterzeichnet.

Die vier LINKEN-Minister*innen Kristina Vogt (Bremen), Simone Oldenburg (Mecklenburg-Vorpommern), Klaus Lederer (Berlin) und Bodo Ramelow (Thüringen) haben ein gemeinsames Positionspapier unterzeichnet. Unter der Überschrift »Mit Vernunft die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen und das Land gerecht gestalten!« stellen sie ein Maßnahmenbündel zur Energiesicherheit vor. Die Forderungen finden Unterstützung durch die Parteivorsitzenden der Partei DIE LINKE Janine Wissler und Martin Schirdewan.

Dazu erklärt Martin Schirdewan:

»Wir fordern, dass Strom, Gas und Wasser grundsätzlich in öffentliche Hand gehören. Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben muss dringend rückgängig gemacht und Stadtwerke in kommunale Trägerschaft zurückgeholt werden.«

Janine Wissler fordert:

»Die aktuelle Gas-Krise ist auch die Folge einer verfehlten Energiepolitik. Die Energiewende wurde blockiert und sehenden Auges hat man die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und damit von Energieimporten verfestigt. Wir brauchen endlich die dringend notwendigen Investitionen in die ökologische Transformation und die Energiewende. Die Schuldenbremse würgt Investitionen ab.«

Mit Vernunft die vor uns liegenden Herausforderungen bewältigen und das Land gerecht gestalten!

Die Krisen der vergangenen Jahrzehnte konnte Deutschland robuster als andere Länder bewältigen. Gründe dafür sind stabile demokratische Institutionen, bestehende Sozialpartnerschaften aus lang- fristig denkenden Unternehmen und handlungsfähigen Gewerkschaften, ein engmaschiges Sozialversicherungssystem sowie die finanziellen Möglichkeiten, durch Krisen- und Konjunkturpakete gegenzusteuern.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Putins auf die Ukraine, den wir auf das Schärfste verurteilen, und die daraus resultierende Energiekrise haben nach dem Brexit, dem amerikanisch-chinesischen Handelskonflikt und der COVID-19-Pandemie die Schwächen globalisierter Ökonomien, auch des deutschen Wirtschaftsmodells, offengelegt.

Angesichts dessen und aufgrund der Kopplung von steigenden Energiepreisen, spürbarer Inflation und der sich daraus in den mittleren und unteren Einkommensgruppen zuspitzenden sozialen Lage, und Rezessionsbefürchtungen greifen Ratlosigkeit und Angst um die Zukunft immer weiter um sich.

Dem muss die Politik wirksam und zügig begegnen.

Mut und Vernunft sowie ein klarer Kompass, der die Richtung zu sozialer Gerechtigkeit weist, sind Schlüssel zum Handeln. Es gibt Lösungsvorschläge, die umzusetzen sind, um Panik und Katastrophenszenarien zu beenden.

Während Populist:innen im Schulterschluss mit Rechtsextremen und Verschwörungsideologen einen „Winter der Angst“ herbeisehnen, antworten wir mit Solidarität und Miteinander. Unser Ziel ist verantwortungsvolles Regierungshandeln. Die Bekämpfung der Energiearmut wird eine neue gesellschaftliche Herausforderung. Wir brauchen eine soziale Energiewende.

Von der Energiewende darf niemand ausgeschlossen werden. Aus diesem Grunde haben wir Vertreter:innen der Partei DIE LINKE in den Landesregierungen von Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen im April dieses Jahres bereits den Vorschlag für ein „Sondervermögen für Energiesicherheit, Energiesouveränität und ökologische Transformation“ unterbreitet. Die Aktualität dieser Forderung ist ungebrochen, die Umsetzung eines solchen Sondervermögens weiterhin so realistisch wie notwendig.

Es geht erneut um Resilienz, also die Herausbildung und Stärkung derjenigen Kapazitäten, die notwendig sind, um unsere Gesellschaft in die Lage zu versetzen, die gegenwärtigen Schocks und Belastungen als demokratischer und sozialer Rechtsstaat zu bewältigen. Abermals zeigt sich die Bedeutung der langfristigen Ausstattung und Erhaltung öffentlicher Infrastrukturen der Teilhabe, die allen zugänglich sind, keinen unmittelbaren Gewinn abwerfen, von denen aber in normalen und in Krisenzeiten erwartet wird, dass sie verlässlich funktionieren und in der Stadt und auf dem Land gleichwertige Lebensverhältnisse garantieren.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-124170/mit-vernunft-die-vor-uns-liegenden-herausforderungen-bewaeltigen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV: M. Nowitzki

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. M. Nowitzki

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com